

Nr. 16/988

11. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 11. Juli 2006

(Drucksache 16/1075)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 16/989

Bremisches Gesetz zur Gewährleistung der Rauchfreiheit von Krankenhäusern, Tageseinrichtungen für Kinder und von Schulen

Mitteilung des Senats vom 7. März 2006

(Drucksache 16/947)

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juli 2006

(Drucksache 16/1072)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung mit Änderungen (Drucksache 16/1069).

Nr. 16/990

Bremisches Gesetz zur Gewährleistung der Rauchfreiheit von Krankenhäusern, Tageseinrichtungen für Kinder und von Schulen

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses

vom 5. Juli 2006

(Drucksache 16/1069)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zur Drucksache 16/947 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 16/991

Einnahmesituation Bremens verbessern

Große Anfrage der Fraktion der SPD

vom 8. Mai 2006

(Drucksache 16/1002)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Juni 2006

(Drucksache 16/1036)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/992

Einheitliche Schulkleidung an Schulen im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 5. Juli 2006

(Drucksache 16/1068)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, der Deputation für Bildung bis zum Oktober 2006 einen Bericht über die Möglichkeiten vorzulegen, wie die Schulen im Lande Bremen darin unterstützt werden können, auf freiwilliger Basis eine einheitliche Schulkleidung einzuführen. Der Bericht soll zudem ein Konzept enthalten, das den Schulen, die die Einführung einheitlicher Schulkleidung erwägen, einen Leitfaden an die Hand gibt. Hierbei soll auch darauf geachtet werden, dass die Einführung einheitlicher Schulkleidung sozial verträglich gestaltet wird.

Nr. 16/993

Girls' Day? Nicht nur Schlosserinnen – auch Altenpfleger brauchen wir!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU

vom 11. Juli 2006

(Neufassung der Drs. 16/1053 vom 14.06.06)

(Drucksache 16/1080)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis Ende November 2006 für das Land Bremen ein Konzept zur Verstetigung des „Girls' Day“ zu erarbeiten. Außerdem soll eine angemessene Vor- und Nachbereitung dieses Praxistages im Rahmen des Unterrichts erfolgen. Für alle Schülerinnen und Schüler soll zusätzlich schulintern die Auseinandersetzung mit typischen Frauen- und Männerrollen und -berufen ermöglicht werden. Außerdem soll durch das Bildungsressort ein Konzept erstellt werden, das den besonderen Belangen der Jungen gerecht wird, einseitigen Rollenzuweisungen zu begegnen und Gleichberechtigung im Berufsleben und in der Familie zu erreichen.

Nr. 16/994

Finanzierung des BAföG im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 11. Mai 2006

(Drucksache 16/1007)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Juni 2006

(Drucksache 16/1058)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/995

Krankenhausplanung nach dem Fallpauschalensystem

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 11. Mai 2006

(Drucksache 16/1008)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2006

(Drucksache 16/1031)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/996

Sozialversicherungspflichtige Arbeit für ältere Arbeitslose

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 31. Mai 2006

(Drucksache 16/1032)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 11. Juli 2006

(Drucksache 16/1071)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Der Senat wird gebeten, im Bündnis für Arbeit und Ausbildung kurzfristig eine „Landesinitiative Sozialversicherungspflichtige Arbeit für Ältere“ zu ergreifen, um entsprechend der Vorgaben des SGB II (§ 16) im Rahmen der insgesamt geplanten 5.000 Integrationsjobs mindestens 500 sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen für Langzeitarbeitslose, die über 55 Jahre alt sind und während einer langjährigen Berufstätigkeit Beiträge an die Sozialkassen entrichtet haben.
2. Das Programm ist so zu gestalten, dass es älteren Langzeitarbeitslosen die Existenz sichert und ihnen den Übergang zur Rente ohne Bezug von Arbeitslosengeld II ermöglicht.
3. Die Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen bestehender EU-Förderprogramme ist anzustreben. Außerdem ist zu prüfen, inwieweit die Maßnahmen aus den Eingliederungsbudgets der BAGIS Bremen und der ARGE Bremerhaven mitfinanziert werden können. Soweit möglich sind weitere Drittmittel einzubinden.
4. Ein bei der Bremer Arbeit GmbH angesiedeltes „Büro Chance 50 plus“ soll die Aufgabe erhalten, im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung durch direkte Kontaktaufnahme in Betrieben und deren Unterstützung bei der Auswahl geeigneter Bewerber sowie durch verstärkte Information und Öffentlichkeitsarbeit zusätzliche Arbeitsplätze für ältere Langzeitarbeitslose zu gewinnen.
5. Ein entsprechendes Angebot für Bremerhaven ist mit den Trägern der dortigen Arbeitsgemeinschaft abzustimmen.

Nr. 16/997

EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens verhindern!

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)

vom 20. Juni 2006

(Drucksache 16/1056)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 16/998

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 45

vom 20. Juni 2006

(Drucksache 16/1060)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/999

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 46
vom 4. Juli 2006**

(Drucksache 16/1063)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/1000

3. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006

(Drucksache 16/1062)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 3. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau.

Nr. 16/1001

Schluss mit dem Ladenschluss – Ladenöffnungszeiten im Land Bremen mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen freigeben

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)

vom 10. Juli 2006

(Drucksache 16/1070)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.